

Antrag

der CDU-Fraktion

Früherkennung und Prävention von Diabetes mellitus weiter vorantreiben

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Prävention und die Früherkennung von Diabeteserkrankungen im Land Brandenburg voranzutreiben und hierfür folgende Maßnahmen umzusetzen.

1. Einen ausführlichen Diabetesbericht bis spätestens zum Ende der sechsten Legislaturperiode zu erstellen. Die umfassende Evaluation von Daten und Zusammenfassung zum Teil bekannter Fakten zum Sachstand der Diabeteserkrankungen im Land Brandenburg und seinen Regionen ist als Datenbasis zwingend erforderlich. Im Rahmen dieses Berichtes sind u.a. folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen.
 - a. Die Erstellung eines Prüfberichts zur Frage: Inwieweit ist es sinnvoll ein Diabetesregister im Land Brandenburg zu etablieren? Hierzu ist eine Kosten-Nutzen-Einschätzung darzustellen sowie vergleichbar mit dem bestehenden Krebsregister eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu überprüfen.
 - b. Neben der Erfassung von Grunddaten sind regionale Unterschiede/ Gemeinsamkeiten und die damit häufig einhergehenden sozialen Disparitäten strukturiert aufzuführen. Ferner sind sozioökonomische Verhältnisse bzw. mit Diabetes verbundene Benachteiligungen zu überprüfen und erläutern.
 - c. Darstellung einer Informationsübersicht zu den Risikofaktoren mit besonderer Relevanz für das Land Brandenburg.
 - d. Ausführliche Angaben zu den Versorgungs- und Behandlungsmöglichkeiten sowie zu der Betreuungsqualität - auch hier ist auf regionale Besonderheiten einzugehen.
 - e. Eine Auflistung bereits bestehender Präventionsmaßnahmen sowie eine Einschätzung zur Wirksamkeit und Effektivität dieser Angebote. Internationale erfolgreiche Methoden sind im Bericht ebenfalls darzustellen und damit einhergehend ist eine Übertragung auf Brandenburg zu überprüfen.
2. Eine Gegenüberstellung des Berichts mit den Daten aus dem 2019 vorliegenden Nationalen Diabetes-Überwachungssystem vom Robert-Koch-Institut. In dem Zusammenhang ist ein Ergänzungsbericht im Jahr 2020 zu erstellen.

3. Die Initiierung eines Diabetesbeirats, der sich regelmäßig unter der Leitung des für Gesundheit zuständigen Ministeriums berät und Handlungsempfehlungen ausspricht. Der Beirat setzt sich u.a. aus Experten der Diabetesverbände, der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Industrie, der Wissenschaft und Forschung sowie unter Mitarbeit der Vertreter der Selbsthilfe- und Patientengruppen zusammen.
4. Mit dem Vorliegen des abschließenden Diabetesberichts ist auf dieser Grundlage eine anschließende datenbasierte Präventionsstrategie zu erarbeiten.
5. Parallel zur Erarbeitung der Strategie ist zusätzlich eine bereichsübergreifende Online-Plattform zu erstellen, auf der Betroffene direkt angesprochen werden und u.a. ihre Selbstmanagement-Fähigkeiten verbessern können. Mittels dieser Plattform kann zudem über ein gebündeltes Schwerpunktwissen ein leichter Informationsaustausch, auch über neue Erkenntnisse in Versorgungs- und Grundlagenforschung, erreicht werden. Eine verbesserte Vernetzung von Strukturen soll ebenfalls erzielt werden und somit die Zusammenarbeit u.a. von Ärzten, Beratern, Ernährungsfachkräften, Psychologen und Sporttherapeuten, im Sinne der Krankheitsbekämpfung, bestmöglich gestaltet werden.
6. Das Unterstützen von Telematik-Projekten im Bereich der Diabetesforschung ermöglicht eine zukunftsorientierte Behandlung und Prävention dieser Krankheit. Hier sind durch die Landesregierung konkrete wissenschaftliche Projekte voranzutreiben und zu unterstützen.
7. Nötige Finanzmittel für Strategie und Plattform sind vorab zu erfassen und im Rahmen der nächsten Haushaltsaufstellung abzubilden.

Begründung:

Diabetes mellitus ist eine Volkskrankheit. Fast jeder Zehnte ist in Deutschland von einer Zuckererkrankung betroffen - die Zahl der betroffenen Personen steigt nach aktuellen Angaben der Experten kontinuierlich. Demnach haben 90 Prozent der Betroffenen einen Typ-2-Diabetes und knapp fünf Prozent einen Typ-1-Diabetes. Diabetes mellitus führt zu Amputationen, Erblindungen, Herzinfarkten, Schlaganfällen und schließlich zum Tod der Patienten. Bei über einem Drittel der Erkrankten ist eine Diagnose noch nicht erfolgt. Eine effektive Aufklärungsstrategie könnte die Gesundheitskompetenz der Betroffenen steigern und eine frühe Identifizierung möglicher Folgeschäden gering halten. In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1093 heißt es: „Der Landesregierung stehen repräsentativ erhobene und valide Daten mit der gewünschten Differenzierung für das Land Brandenburg nicht zur Verfügung.“ Im Rahmen einer Anhörung des zuständigen Ausschusses für Gesundheit wurde die besorgniserregende Tendenz daraufhin bestätigt. Zudem wurde dargestellt, dass das Land Brandenburg in Deutschland zu den drei Ländern mit den meisten Erkrankungen zählt. Nach aktuellen Analysen sind im Land Brandenburg

12 Prozent der Einwohner zuckerkrank. Nur eine verbesserte Datengrundlage, wie auch Investitionen in eine zukunftsorientierte Prävention und Behandlung, können der chronischen Krankheit und den damit einhergehenden Folgeschäden und hohen Behandlungskosten langfristig entgegenwirken. Das Land Brandenburg muss daher dringend seine Aktivitäten in den Bereichen der Datenanalyse, Forschung und Prävention steigern.